

Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden, Raden & Comp., Nr. 1285.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Bankkonto: Geb. Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Neustadt und Dresden-Altestadt

Abonnementpreis einjährlich 2000.— M., durch die Post bezogen monatlich 200.— M., unter Kreuzband für Deutschland halbjährlich 1000.— M., Einzelnummer 50.— M., Sonntagsnummer 100.— M., Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Bettendorferplatz 10. Tel. 25261. Druckerei: nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Bettendorferplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die halbpalmetre Komposition 300.— M., auswärts 350.— M., die halbpalmetre Restanzeige 800.— M., auswärts 1000.— M., Anschlag 1000 u. 5000 M. Bei mehrmaliger Auflage Ermäßigung. Familienanzeigen, Stellen- u. Mietgesuche 40 Proq. Rabatt. Für Briefverbreitung 80 M.

Nr. 32

Dresden, Mittwoch den 7. Februar 1923

34. Jahrg.

Ratlose Ministerstürzer

In der gestrigen Sitzung des Landtags ist, wie unser Lesern bereits bekannt ist, die Ministerpräsidentenwahl nicht zustande gekommen. Jede Partei hat ihre Stimmen einem eigenen Kandidaten gegeben, und da keine Fraktion die Mehrheit im Landtag hat, konnte auch keiner der Aufgestellten die in der Verfassung vorgeschriebene Mehrheit der abgegebenen Stimmen erhalten. Der gestrige Tag hat bewiesen, daß gegen den Willen der Sozialdemokratie eine Regierungsbildung in Sachsen unmöglich ist. Auch wenn die bürgerlichen Parteien sich auf einen gemeinsamen Kandidaten geeinigt hätten, hätte ihnen das nichts genutzt, da dann 46 bürgerlichen Stimmen 10 kommunistische und 40 sozialistische gegenüberstünden. Wenn nicht die sozialdemokratischen Abgeordneten, was selbstverständlich ausgeschlossen ist, der Wahl fernbleiben oder weiße Stimmzettel abgeben, so kann ein bürgerlicher Kandidat nur mit Hilfe der Kommunisten gewählt werden. Bließen die Kommunisten der Abstimmung fern, so wäre es denkbar, daß ein gemeinsamer bürgerlicher Kandidat mit 46 gegen 40 sozialdemokratische Stimmen gewählt würde. Trotz allem, was wir bei den Kommunisten erlebt haben, ist wohl nicht anzunehmen, daß sie ein derartiges Kunststück fertig bringen.

Das Mißlingen der Ministerpräsidentenwahl beweist, welche leichtfertigen Streich die verbündeten Kommunisten und Bürgerlichen mit ihrer Regierungstürzerlei begangen haben. Es ist das alte Recht jeder Oppositionspartei, die Regierung zu stürzen. Aber wer sich dieser Verantwortung bewußt ist, muß sich darüber klar sein, was nachher kommen soll. Unverantwortlich ist es, in dieser für das deutsche Volk so schweren Zeit eine Regierungskrise herbeizuführen, ohne daß man weiß, wie sie später gelöst werden soll. Was hier in Sachsen geschehen ist, ist ein politischer Skandal schlimmster Art. Monatslang mußte in Sachsen die Gesetzgebungsarbeit ruhen. Jetzt ist endlich der Landtag wieder zusammen. Wichtigste gesetzgeberische Aufgaben sind in Angriff genommen. Aber kaum hat die Arbeit begonnen, so wird sie schleunigt wieder durch eine leichtfertige herbeigerufene Regierungskrise unterbrochen.

Die Parteien rechts und links von der Sozialdemokratie sind auch in nicht geringer Verlegenheit. Die Kommunisten haben jedenfalls gehofft, gestern bereits eine bürgerlich-sozialistische Koalitionsregierung vorzubringen, damit sie das Land mit ihrem Gesetze über den Arbeitererrat der Sozialdemokraten erfüllen können. Sie haben eine Enttäuschung erlebt. Nur allzu berechtigt war die Heiterkeit, die der Vorschlag, Herrn W. D. H. zum Ministerpräsidenten zu machen, im Hause hervorrief. Also der Antiparlamentarier W. D. H., der einst das Parlament als eine Quasifelhde bezeichnete, und dann gleich die Berechtigung dieser Behauptung durch seine eigenen Quasifelhden zu beweisen versuchte, hat Schluß gemacht, daß die Quasifelhden zum Ministerpräsidenten gemacht zu werden. Die vom Kommunisten Sievert abgegebene Erklärung lassen wir unten im Wortlaut folgen, damit unser Leser dieses Zeugnis kommunistischer Unlogik und Unverantwortlichkeit gründlich genießen könne. Manches, was in der Erklärung gesagt ist, kann jeder Sozialdemokrat unterschreiben, so, wenn gesagt wird, daß selbst bei demokratischen Wahlen in Sachsen das Proletariat in der Mehrheit gegen die Bourgeoisie sei, und recht hat die Erklärung auch, wenn sie die großen Gefahren schildert, die dem deutschen Volk durch den Faschismus drohen. Aber gerade diese Ausführungen zeigen, wie unverantwortlich die Kommunisten handeln. Ist das alles richtig, was sie über die Gefahren sagen, die der Arbeiterschaft drohen, so müßten sie unter allen Umständen helfen, die sozialistische Regierung in Sachsen zu erhalten.

Aber sie wollen ja, so sagen sie, eine „Arbeiter“-regierung. Was es mit dieser Arbeiterregierung auf sich hat, haben wir oft genug ausgeführt. In der kommunistischen Sachsischen Arbeiterzeitung erscheinen jetzt die berühmten zehn Forderungen der Kommunisten in neuer Aufmachung. Wieder werden an die sächsische Regierung Forderungen gestellt, die nur das Reich erfüllen kann. Die Kommunisten treiben mit ihrer Arbeiterregierung ein ganz unehrliches Spiel. Sie haben gar nicht ernsthaft den Wunsch, ein besseres Zusammenarbeiten der beiden sozialistischen Parteien zu ermöglichen. Ihr ausgeprochenes Ziel ist es, es dahin zu bringen, daß Sachsen zu einem Konflikt mit dem Reich kommt. Sie rechnen dabei mit dem Verantwortungsbewußtsein der Sozialdemokratie, die in einem derartigen Falle selbstverständlich Verhandlungen mit dem Reich anzubahnen würde, um die sächsische Bevölkerung vor schwerem Unheil zu bewahren und die gerade für die Arbeiterschaft so wichtige Einheit des Reichs nicht zu gefährden. Dann wollen sie sich hinstellen und mit berückelter Kraft das und so wohlbekannte Lied von dem sozialdemokratischen Arbeitererrat singen.

Trotz den schönen Redensarten von der proletarischen Einheitsfront, die wir immer wieder von den kommunistischen Phrasenhelben zu hören bekommen, darf man sich über den wahren Charakter der Leute nicht täuschen. Sie wollen keine Einheitsfront. Bei ihrer ganzen Politik lassen sie sich nur von dem Wunsche leiten, einen Keil in die sozialdemokratische Arbeiterschaft zu treiben, die Massen mit den ärgersten Entstellungen und Verleumdungen gegen die Partei aufzuföhren. Daß durch ihre Taktik die Sache des Proletariats in Deutschland schwer geschädigt wird, ist den Kommunisten gleich. So

sehen diese Leute aus! Wie stark könnte die sozialistische Arbeiterschaft in Deutschland sein, wenn sie einig wäre, und sich Nützlichkeiten könnten gerade wir in Sachsen schaffen, wenn sich die 50 sozialistischen Abgeordneten im sächsischen Landtag zu gemeinsamer sachlicher Arbeit zusammenschließen.

Die Kommunisten stellen auch wieder ihre alte Forderung auf, daß ein Betriebsräte-Kongress als eine Art erste Kammer neben den Landtag gesetzt werde. Bisher haben sie noch nicht im geringsten den Beweis erbracht, daß überhaupt die Betriebsräte von den ihnen zugeordneten Rechten etwas wissen wollen. Vor einigen Tagen haben uns ja wieder die Kommunisten einen sogenannten Betriebsräte-Kongress vorgeschickt, aber hier handelt es sich nur um ein freches Täuschungsmanöver. Der famose Betriebsräte-Kongress der Kommunisten ist in Wahrheit keine Vertretung der Betriebsräte. Das geht schon daraus hervor, daß er mit wenigen Ausnahmen aus Kommunisten bestand, und die Kommunisten werden doch niemand weismachen können, daß die Betriebsräte in ihrer Mehrheit aus Kommunisten bestehen, nachdem sie eben erst bei den Wahlen gezeigt hat, daß nur ein verhältnismäßig kleiner Teil der sächsischen Arbeiterschaft kommunistisch ist.

Auch den bürgerlichen Parteien ist bei der durch ihre Schuld geschaffenen Lage offenbar wenig wohl. Gestern sind unsere Fraktion von der Demokratischen Partei als auch von der Deutschen Volkspartei Schreiben zugegangen, durch die Verhandlungen gewünscht werden. Sie haben von unserer Partei die Antwort erhalten, daß es ihre Aufgabe sei, Vorschläge für die Wahl eines Ministerpräsidenten zu unterbreiten. Wir können hier nur nochmals wiederholen, was wir bereits vor einer Woche gesagt haben. Es ist Aufgabe der Parteien, die in so leichtfertiger Weise die Regierung gestürzt haben, den Weg zu zeigen, der uns aus der Krise herausführt.

Die Erklärung der Kommunisten

Der Abg. Sievert gab folgende Erklärung der kommunistischen Partei zur Wahl des Ministerpräsidenten ab: Durch ihren Rücktritt hat die sozialdemokratische Regierung zum Ausdruck gebracht, daß sie die Handlungen des Innenministers Lipinski billigt. Der Leiter der Regierungspolitik, Ministerpräsident Sievert, hat sich außerdem voll und ganz mit den Maßnahmen und Regierungshandlungen des bürgerlichen Reichskabinetts einverstanden erklärt. Die sozialdemokratische Fraktion hat gegen diese Festlegung der Regierung gegen die Interessen der Arbeiter keinen Protest erhoben, sondern ihr zugestimmt.

Die Kriegs- und Katastrophopolitik der Reichsregierung muß zur völligen Verstäkung Deutschlands führen. Die Folgen des französischen Imperialismus und der Proibition der

deutschen Unternehmer für den deutschen Proletariat neue unentgeltliche Lasten auf. Das Maß des Elends ist voll. Zur Linderung gestellt sich jetzt noch die Arbeitslosigkeit. Die Kohlenpreise muß binnen kurzem die Produktion zum Stillstand bringen. Die Opfer dieser Politik des „positiven Widerstands“ sind abermals die Arbeiter. Unter der Maske des Nationalismus bewaffnet das Bürgertum seine Prätorianergarden. Der Faschismus arbeitet schiebhaft auf einen entscheidenden Schlag gegen das Proletariat.

Angeichts dieser gefährlichen, ausgeprägten politischen Lage kann das Proletariat den Zweifrontenkrieg gegen den französischen Imperialismus und gegen die deutsche besitzende Klasse nur mit eigener geschlossener Einheitsfront führen. In Sachsen ist das Industrieproletariat selbst bei demokratischen Wahlen in der Mehrheit gegen die Bourgeoisie.

Diese Mehrheit muß in den Klassenorganen, in den Betriebsräten, politisch fundiert werden durch die Mitwirkung desselben an der Gesetzgebung.

Das ist der einzige Weg, um in Sachsen dem Willen und dem Klasseninteressen der arbeitenden Massen Geltung zu verschaffen.

Die Sozialdemokraten haben diesen von den Kommunisten mehrfach vorgeschlagenen Weg immer wieder abgelehnt. Die A.P.D. kann unter diesen Umständen die Mitverantwortung für eine sozialdemokratische Regierung nicht übernehmen, sie nimmt deshalb gegen einen sozialdemokratischen Ministerpräsidenten, indem sie einen eigenen Kandidaten aufstellt.

Die A.P.D. ist sich eins mit der Arbeiterschaft Sachsens, daß eine Koalitionsregierung in Sachsen, die mit der Unterstützung der Stimmspartei regieren muß, nur eine Regierung gegen die Arbeiter sein kann. Die Koalitionspolitik in der V.S.P.D. haben systematisch auf diese Koalition in Sachsen hingearbeitet, damit der Klassenkampf unterdrückt und die Verständigung der sozialdemokratischen Führer mit den Kapitalisten herbeigeführt werden kann. Diese Verständigung kann nur um den Zubehörspreis des Verfalls an den elementarsten Klasseninteressen des Proletariats erfolgen.

Die A.P.D. wird nach wie vor an der Seite der revolutionären kampfswilligen Arbeiter stehen und so lange unter den Massen wirken, bis in Sachsen der Wehrbewußt des Proletariats durch die Arbeiterregierung manifestiert ist.

Ich habe zu dieser Erklärung hinzuzufügen, daß trotz der Kürze der Zeit, die zwischen dem Rücktritt der Regierung und dem heutigen Tage liegt, die Betriebsräte und die Arbeiterschaft zahlreicher Großbetriebe in Sachsen zu der Situation in Sachsen Stellung genommen und zum Ausdruck gebracht haben, daß sie von der Arbeitermehrheit im sächsischen Landtage erwarten, daß diese, gestützt auf die breiten Massen des Proletariats und gebildet auf die Klassenorgane der Arbeiter, die Betriebsräte und Organisationen des Proletariats, zur Bildung einer Arbeiterregierung übergeht und einen entschiedenen und energischen Kampf gegen den nationalisierenden Nimmal, gegen den Abbau des Achtstundentages und gegen die ungeheuren Gefahren, die den Arbeitern

Eine Kundgebung des Parteiausschusses

Aus Berlin wird uns berichtet:

Der Parteiausschuß der V.S.P.D. beschäftigte sich am Dienstag mit der durch die Ruhrbesetzung geschaffenen inner- und außenpolitischen Lage. Einstimmig wurde folgende Entschliesung angenommen:

„Der Parteiausschuß erklärt seine Zustimmung zu den Richtlinien, die von der Vorhändlersonferenz am 19. Januar beschlossen wurden, und fordert die Parteigenossen auf, einig und geschlossen in ihrem Sinne zu wirken. Er wiederholt, daß die gegenwärtige gefährliche Situation ein geschlossenes Zusammengehen der gesamten Arbeiterbewegung erfordert, daß es ihre Aufgabe ist, alles zu tun, um die Abwehr des gewalttätigen französisch-belgischen Einmarsches in sriedliches Gebiet durch zweckdienliche Maßnahmen zu unterstützen und alles zu unterlassen, was geeignet ist, diese Abwehr zu föhren und die Pläne des französischen Imperialismus zum Erfolg zu föhren. Zugleich erinnert er an die Notwendigkeit, scharf den Trennungskrieg gegen die nationalisierende Verheerung zu ziehen und den Kampf gegen die politische Reaktion nachdrücklich fortzusetzen.“

Der Parteiausschuß widerspricht mit Entschiedenheit der von der französischen Regierungpropaganda aufgestellten beleidigenden Behauptung, daß der Widerstand der Arbeiter, Angehörigen und Beamten gegen die militärische Invasion Frankreichs auf eine „Anweisung der Reichsregierung“ zurückzuführen sei. Die Arbeiter, Angehörigen und Beamten föhren diesen Kampf aus eigenem Antrieb zur Verteidigung ihrer Menschenwürde und ihrer Freiheit gegen eine militärische Gewalt, die durch ihre sich ständig föhrende Brutalität den Protest der ganzen Welt heraufordert.

Der Parteiausschuß dankt den sozialistischen Arbeitern des Auslandes für die zahlreichen Beweise ihrer brüderlichen Gesinnung und bittet sie, in der Unterstützung des kämpfenden Ruhrproletariats nicht zu erlahmen. Er ist sich in Uebereinstimmung mit den Beschlossen der internationalen Organisationen dessen bewußt, daß der gegenwärtige Kampf nicht als ein Konkurrenzkampf der Kapitalisten verschiedener Länder geföhrt werden darf, sondern daß er geföhrt werden muß als Kampf der Ar-

beiterklasse gegen den Imperialismus mit dem Ziel, eine gerechte Verständigung über die Reparationslasten und eine endliche Befriedigung Europas herbeizuföhren.

Der Parteiausschuß erinnert schließlich die Reichsregierung an ihre Verantwortung für einen wirkungsvollen Verlauf des Kampfes, der vor allem durch eine ausreichende Versorgung der arbeitenden Bevölkerung mit dem notwendigen Lebensbedarf gesichert werden muß.“

Die Regierung will helfen?

Berlin, 6. Februar. (W.T.A.) Der Reichslangler machte in der heutigen Kabinettsitzung Mitteilungen über seine Reise in das bergeshaltige Gebiet. Als das Ergebnis seiner Besprechungen mit den Vertretern aller Bevölkerungsstufen stellte der Reichslangler den festen Willen zum Beharren im Widerstand fest. Er wies unter der Zustimmung des Kabinetts eindringlich auf die Notwendigkeit hin, die im Kampfe stehende Bevölkerung mit allen wirtschaftlichen Mitteln zu stützen, insbesondere der Ernährungsfrage die größte Aufmerksamkeit und Energie zuzuwenden. — Die Reichsregierung hat eine Note vorbereitet, in der gegen den neuen Reichsbruch der Franzosen, die Vergeßlichkeit des badi-schen Gebietes und die Besetzung der Städte Offen-burg und Appenweier, scharf Protest erhoben wird.

Wenn die Reichsregierung der notleidenden Bevölkerung des besetzten Gebietes wirklich helfen will, so muß sie endlich gegen den Wucher energisch einschreiten, und zwar nicht nur negativ, indem sie etwa nur Wucherer fangen und bestrafen läßt (wenn sie es nur täte!), nein, sie muß vor allem die Nahrungsmittelversorgung in öffentlicher Gewalt nehmen, muß für Kontrolle der Nahrungsmittelproduzenten sorgen und damit schon bei den Agrariern anfangen und erst bei den Getreide- und Mehl-fabrikanten aufhören. Aber das wird sie nicht tun und das kann sie nicht tun, denn sie ist eine Regierung der bürgerlichen Parteien, die als Hauptstütze die Aufrechterhaltung der kapitalistischen Wirtschaftsweise hat. Solange die Wirtschaft „frei“ ist und nur dem Profitinteresse der Besizenden dient, wird weder Wucher noch Ausbeutung der Konsumenten auszurotten noch überhaupt eine planmäßige und sichere Versorgung der arbeitenden Bevölkerung zu erreichen sein. Dieses vermag erst die Durchführung des Sozialismus.